

N I E D E R S C H R I F T

über die 28. Sitzung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses der Stadt Gummersbach vom 15.03.2018 im Fachausschusssitzungssaal, Rathausplatz 1, 51643 Gummersbach.

Die Mitglieder des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses waren durch die fristgerechte Einladung einberufen. Der Vorsitzende stellt bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung Einwendungen nicht erhoben werden. Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss ist nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Anwesend sind:

Vorsitz

Stadtverordneter Jörg Jansen

Mitglieder

1.stellv. Vorsitzender Jürgen Marquardt

2. stellv. Vorsitzender Jakob Löwen

Sachkundiger Bürger Norbert Luhnau

Vertretung für Herrn Kurt Uwe Dick

Stadtverordneter Karl-Heinz Richter

Vertretung für Herrn Jan Simons

Stadtverordneter Reinhard Elschner

Sachkundige Bürgerin Christine Stamm

2. stv. Bürgermeisterin Helga Auerswald

Stadtverordneter Uwe Schieder
(abwesend von 19.49-19.52 Uhr bei TOP 9)

Stadtverordneter Silvia Weiss

Stadtverordneter Bajrus Saliu
(bis 19.00 Uhr)

Sachkundige Bürgerin Marion Fuhr
(bis 19.02 Uhr)

Vertretung für Herrn Haydar Tokmak

Sachkundige Bürgerin Ursula Thielen

Vertretung für Frau Elke Wilke

Stadtverordneter Konrad Gerards

Stadtverordneter Reinhard Birker

Sachkundiger Einwohner Rudolf Maat

Verwaltung

Bürgermeister Frank Helmenstein
(bis 19.14 Uhr)

Techn. Beig. Jürgen Hefner

StBauR. Jens-Erik Klode

VA. Arndt Reicholdt

VA. Susanne Kaltenbach

VA. Uwe Winheller

VA. Rolf Backhaus

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

VA. Siegfried Frank

StA. Alexandra Rüger

Gäste:

Herr Pfau (zum TOP 2/ Projektbetreuer beb GmbH) bis 18.31 Uhr

Herr Kemmerich (zum TOP 2/Betreiber der Deponie) bis 18.31 Uhr

Herr Konrad (zum TOP 2/Umweltamt OBK) bis 18.31 Uhr

Herr Klapp (zum TOP 2/ Prokurist beb GmbH) bis 18.31 Uhr

Herr Arnold (Presse) bis 19.15 Uhr

6 Bürger/-innen, davon 4 bis 19.05 Uhr, 1 bis 19.15 Uhr und 1 bis 19.25 Uhr

Entschuldigt:

Mitglieder

Stadtverordneter Kurt Uwe Dick

Stadtverordneter Jan Simons

Ausschussmitglied Haydar Tokmak

Stadtverordnete Elke Wilke

Die Niederschrift führt: Alexandra Rüger

Sitzungsbeginn 18:00 Uhr

Sitzungsunterbrechung: 19:00 Uhr bis 19:01 Uhr

Sitzungsende: 20:01 Uhr

Tagesordnung

Zum Tagesordnungspunkt Nr. 13 wurde die Tischvorlage an alle Anwesenden verteilt (außer an die Gäste und Presse).

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Herr Stv. Jansen darauf hin, dass für Wortmeldungen seitens der Gäste eine Sitzungsunterbrechung notwendig ist (mit Ausnahme der Herren, die die Planung zum Tagesordnungspunkt Nr. 2 vortragen.)

Ferner schlägt der Vorsitzende vor, ein paar Tagesordnungspunkte zeitlich vorzuziehen, damit zum einen die Gäste nicht so lange auf die Behandlung „ihres“ Tagesordnungspunktes warten müssen und da zum anderen der Herr Bürgermeister noch einen Anschlusstermin hat. Daher wird der Tagesordnungspunkt Nr. 10 vorgezogen und nach dem Tagesordnungspunkt 2 behandelt. Der Tagesordnungspunkt Nr. 6 wird ebenfalls vorgezogen und im Anschluss an den an dritter Stelle zu behandelnden Tagesordnungspunkt Nr. 10 besprochen.

Die Mitglieder des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses stimmen dem Vorschlag einstimmig zu.

Öffentlicher Teil:

- TOP 1 Niederschrift der letzten Sitzung
- TOP 2 Errichtung einer Bodenaushubdeponie in Gummersbach-Flaberg
(ohne Vorlage)
- TOP 3 Antrag zur Nutzungsänderung der ehemaligen Gemeinschaftshauptschule in Strombach
Vorlage: 03301/2017/3
- TOP 4 Bebauungsplan Nr. 73 "Derschlag - Gewerbegebiet Stauweiher", 4. Änderung (vereinfacht); Beschluss des Abwägungsergebnisses und Satzungsbeschluss
Vorlage: 03499/2018
- TOP 5 134. Änderung des Flächennutzungsplanes (Steinenbrück - Süd, Schulerweiterung II); Bericht über das frühzeitige Beteiligungsverfahren und Offenlagebeschluss
Vorlage: 03500/2018
- TOP 6 Neubau des zentralen Omnibusbahnhofes im Stadtteil Derschlag
Vorlage: 03514/2018
- TOP 7 Neubau einer Fuß- und Radwegbrücke über die Agger am Ende der Rammelsohler Straße
Vorlage: 03508/2018
- TOP 8 Instandsetzung und barrierefreier Umbau "Wilhelm-Breckow-Allee"
Vorlage: 03513/2018
- TOP 9 Änderung zum Straßenausbau Nordring I.BA
Vorlage: 03512/2018
- TOP 10 Bericht über die Anliegerversammlung "Karhellstraße"
(ohne Vorlage)

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

TOP 11 Verkehrsuntersuchung Innenstadt bzw. angrenzender Raum
(ohne Vorlage)

TOP 12 Mitteilungen

Öffentlicher Teil:

TOP 1

Niederschrift der letzten Sitzung

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Die Niederschrift der letzten Sitzung ist damit einstimmig genehmigt.

TOP 2

Errichtung einer Bodenaushubdeponie in Gummersbach-Flaberg (ohne Vorlage)

Die mit Mitarbeitern für die Projektbetreuung anwesende BEB Bergische Erddeponiebetriebe GmbH wird nachfolgend „beb GmbH“ genannt.

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind Herr Pfau (Projektbetreuer beb GmbH), Herr Klapp (Prokurist beb GmbH), Herr Kemmerich (Fa. Kemmerich) sowie Herr Konrad (Abteilungsleiter Betrieblicher Umweltschutz im Umweltamt des Oberbergischen Kreises) anwesend.

Herr Pfau informiert den Ausschuss ausführlich über die Historie der für die Erddeponie vorgesehenen Fläche (einer ehem. Deponie der Fa. Schmidt & Clemens, Lindlar), die Eigentumsverhältnisse sowie den geplanten Betrieb der Erddeponie, insbesondere über die Zahl der Anfahrten, Tagesmengen und Jahresbedarf, Laufzeit, Reifenwaschanlage, Baukosten etc..

Hinsichtlich der zu erwartenden Immissionen wurden entsprechende Gutachten (Lärmschutz/Schall, Staub) sowie ein Landschaftspflegerischer Fachbeitrag in Auftrag gegeben.

Darüber hinaus stellt Herr Pfau dar, dass die Inanspruchnahme der Wegeparzellen, die sich im Eigentum der Stadt Gummersbach befinden, zwingende Voraussetzung für die Realisierung des Projektes ist. Herr Hefner ergänzt hierzu, dass ein entsprechender Verkaufsbeschluss im Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss der Stadt Gummersbach zu fassen ist.

Federführend zuständig für die Genehmigung des (neuen) Projektes ist der Oberbergische Kreis (Umweltamt). Daneben ist die Bezirksregierung Köln wegen der Reaktivierung des ehem. Deponiegeländes der Fa. Schmidt & Clemens involviert.

Das Genehmigungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen. Zurzeit läuft die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange. Erste Stellungnahmen liegen bereits vor. Unter anderem auch die des Landesbetriebes Straßen NRW. Dieser geht in einer ersten Stellungnahme davon aus, dass keine zusätzliche Linksabbiegespur von der L306 notwendig ist, behält sich aber vor, diese ggf. zu einem späteren Zeitpunkt nachzufordern.

Herr Konrad (Abteilungsleiter Betrieblicher Umweltschutz im Umweltamt des Oberbergischen Kreises) ergänzt, dass die Gutachten inzwischen vorliegen und im Genehmigungsverfahren die Lärmgrenzen festgelegt werden.

Seitens des Bürgermeisters Herrn Helmenstein wird angemerkt, dass nicht die Stadt Gummersbach, sondern der Oberbergische Kreis Genehmigungsbehörde ist.

Aus Sicht der Stadt Gummersbach ist es zwingend erforderlich, klare Regelungen zu den Lieferanten, der Anzahl und Menge der Anlieferungen zu treffen. Zudem sind Kontrollmechanismen mit entsprechenden Sanktionierungsmaßnahmen vorzusehen. Er

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

verweist in diesem Zusammenhang auf die Erfahrungen, die die Stadt Gummersbach mit dem Betrieb einer ähnlichen Anlage im Ortsteil Dümmlinghausen gemacht hat.

Hinsichtlich der Notwendigkeit einer Linksabbiegespur besteht zudem aus seiner Sicht noch Gesprächsbedarf.

Er bittet zudem dringend um eine zeitnahe Bürgerinformation für die unmittelbar betroffenen Anwohner.

Herr Konrad führt aus, dass die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zur Zeit noch laufe und die Stadt Gummersbach ihre Einwendungen innerhalb dieses Verfahren vorbringen kann. Eine entsprechende Information der Anwohner soll nach Auskunft von Herrn Konrad kurzfristig stattfinden.

Die ursprünglich angedachte Inbetriebnahme der Erddeponie im April 2018 wird aufgrund des noch laufenden Beteiligungsverfahrens der Träger öffentlicher Belange nicht möglich sein, sondern sich zeitlich nach hinten verschieben.

Auszug: 9.1, 9

TOP 3**Antrag zur Nutzungsänderung der ehemaligen Gemeinschaftshauptschule in Strombach****Vorlage: 03301/2017/3**

Herr Hefner erläutert die Vorlage und ergänzt, dass inzwischen der Stadt Gummersbach eine Anfrage zur Anmietung eines Teils der Schule (Altbau) vorliegt. Ein Ehepaar möchte hier ein Studienkolleg für Schüler aus Südamerika einrichten, in dem die Schüler, die bereits über einen Hochschulabschluss des Heimatlandes verfügen, hier dann nach 2 Jahren eine Prüfung vor der Bezirksregierung Köln ablegen müssen, um danach in Deutschland studieren zu können. Es soll mit einer Klasse gestartet werden und auf bis ca. 100 Schüler erweitert werden. Das Ehepaar will ca. 1/3 der Schule anmieten.

Herr Hefner führt aus, dass die restlichen Flächen auch in andere Vermietungen zugeführt werden können und die freie Grundstücksfläche könnte für Wohngebäude genutzt werden.

Herr Stv. Birker erklärt, dass er die Ausführungen von Herrn Müller gut findet und er auch der Meinung ist, dass die alten Baracken abgerissen werden (also Punkt 4 in dem Antwortschreiben der GWG) und die Flächen für Wohnnutzung umgenutzt werden sollten.

Er erklärt, dass damit der Antrag der Piratenfraktion vom 15.06.2017 erledigt ist.

Auszug: 9, 8, II

TOP 4**Bebauungsplan Nr. 73 "Derschlag - Gewerbegebiet Stauweiher", 4. Änderung (vereinfacht); Beschluss des Abwägungsergebnisses und Satzungsbeschluss****Vorlage: 03499/2018**

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Abstimmungsergebnis:

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt beschließt das in der Anlage 1a dargestellte Ergebnis der Prüfung der vorgebrachten Stellungnahme.
2. Die 4. Änderung (vereinfacht) des Bebauungsplanes Nr. 73 „Derschlag – Gewerbegebiet Stauweiher“, bestehend aus einer Planzeichnung, wird gemäß § 2 Abs.1 i.V.m. § 10 und § 13 BauGB sowie § 7 GO NW als Satzung beschlossen. Dieser Satzung wird die Begründung vom (Datum des Ratsbeschlusses) beigefügt.

Auszug:9.1, 9

TOP 5

134. Änderung des Flächennutzungsplanes (Steinenbrück - Süd, Schulerweiterung II); Bericht über das frühzeitige Beteiligungsverfahren und Offenlagebeschluss

Vorlage: 03500/2018

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Abstimmungsergebnis:

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0

Beschluss:

1. Für die 134. Änderung des Flächennutzungsplanes (Steinenbrück – Süd, Schulerweiterung II) wird festgelegt, dass die Ermittlung der Belange für die Abwägung wie folgt durchgeführt wird: Die Erstellung von Gutachten ist nicht erforderlich.
2. Die 134. Änderung des Flächennutzungsplanes (Steinenbrück – Süd, Schulerweiterung II) wird gemäß § 3 Abs. 2 BauGB mit Begründung und Umweltbericht sowie den umweltbezogenen Stellungnahmen aus der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt.

Es liegen nachfolgende umweltbezogene Stellungnahmen vor:

- Oberbergischer Kreis, Schreiben vom 29.01.2018

- 3, Die Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange werden gem. § 4 Abs. 2 BauGB eingeholt.

Auszug:9.1, 9

TOP 6

Neubau des zentralen Omnibusbahnhofes im Stadtteil Derschlag

Vorlage: 03514/2018

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Abstimmungsergebnis:

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0

Beschluss:

Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss nimmt die Planung zur Erneuerung des Busbahnhofes in Derschlag zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, einen Förderantrag beim Fördergeber Nahverkehr Rheinland einzureichen.

Auszug:9.2

TOP 7

Neubau einer Fuß- und Radwegbrücke über die Agger am Ende der Rammelsohler Straße

Vorlage: 03508/2018

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Abstimmungsergebnis:

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0

Beschluss:

Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss nimmt die Planung zum Neubau einer Fuß- und Radwegbrücke über die Agger am Ende der Rammelsohler Straße zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Baumaßnahme (vorbehaltlich der Zustimmung der oberen Wasserbehörde) öffentlich auszuschreiben.

Auszug:9.2

TOP 8

Instandsetzung und barrierefreier Umbau "Wilhelm-Breckow-Allee"

Vorlage: 03513/2018

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Abstimmungsergebnis:

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0

Beschluss:

Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss nimmt die Planung zur umfangreichen Instandsetzung der Wilhelm-Breckow-Allee im Abschnitt zwischen der Einmündung Emilienstraße und der Parkplatzausfahrt des Kreiskrankenhauses zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Maßnahme (vorbehaltlich der Zustimmung des Fördergebers Bezirksregierung Köln zu einem vorzeitigen zuwendungsunschädlichen Baubeginn) öffentlich auszuschreiben.

Auszug: 9.2

TOP 9**Änderung zum Straßenausbau Nordring I.BA****Vorlage: 03512/2018**

Herr Winheller erklärt, dass aufgrund des vor der Sitzung stattgefundenen Ortstermins auf den ursprünglich vorgesehenen Einbau einer Überquerungshilfe zwischen der Straße „Falkenhöhe“ und der Kurve verzichtet werden kann und bittet, diesen Passus aus dem Beschlussvorschlag herauszunehmen.

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.
Abstimmungsergebnis:

Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0

Beschluss:

Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss nimmt die von der Verwaltung vorgeschlagene Planungsänderung (Beibehalten der Bushaltestelle in vorhandener Lage) zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung die Bauausschreibung auf dieser Plangrundlage durchzuführen.

Auszug: 9.2, 8

TOP 10**Bericht über die Anliegerversammlung "Karhellstraße"
(ohne Vorlage)**

Herr Winheller berichtet über die Anliegerversammlung und die dort vorgetragenen Anregungen und Bedenken der Anwohner. Es handelt sich hier im Wesentlichen um folgende diskutierte Punkte:

- Notwendigkeit des Einbaus von Fahrbahnplateaus
- Pflasterung Gehweg
- Schrammbord als Fahrbahnabgrenzung
- Gehwegteilstück im Einmündungsbereich Ecke Karhellstr./Mühlenbergweg
- mögliche Einrichtung einer Tempo-30-Zone
- Markierung von Parkverboten an kritischen Stellen
- Fahrbahnanrampung im Einmündungsbereich zur Sonnenstraße.

Der Ausschussvorsitzende Herr Stv. Jansen unterbricht von 19.00 Uhr bis 19.01 Uhr die Sitzung, um den anwesenden Anwohnern der Karhellstr. die Gelegenheit zu geben, sich hierzu zu äußern.

Nach Wiedereinstieg in die Tagesordnung werden neben den anderen vorgenannten Punkten insbesondere die Vor- und Nachteile hinsichtlich des Einbaus von Fahrbahnplateaus als verkehrsberuhigende Elemente diskutiert. Seitens des Bürgermeisters wird im vorliegenden Fall aufgrund der örtlichen Gegebenheiten ein Verzicht auf den Einbau solcher Elemente für vertretbar gehalten. Dieser Auffassung schließen sich die Ausschussmitglieder an.

Herr Winheller fasst abschließend zusammen, dass seitens der Verwaltung nachfolgende Punkte in die Überarbeitung der Straßenplanung einfließen sollen:

1. vollständiger Verzicht auf den Einbau der 4 verkehrsberuhigenden Fahrbahnplateaus aufgrund der vorherrschenden örtlichen Gegebenheiten,

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

2. Beibehaltung des bautechnisch erforderlichen Schrammbords,
3. Beibehaltung des neu anzulegenden Gehwegteilstücks Ecke Karhellstr./Mühlenbergweg,
4. Verlegung der Anrampung im Bereich der Einmündung Sonnenstraße,
5. Beibehaltung der vorgesehenen Pflasterung des Gehwegbereiches.

Zudem sollen nach Beendigung der Baumaßnahme die durch die Anwohner aufgeworfenen Punkte

- Einrichtung einer Tempo-30-Zone sowie
- Markierung der Parkzonen/Parkverboten

durch den hierfür zuständigen Fachbereiche 3 (Bürgerservice, öffentliche Sicherheit und Ordnung) geprüft werden.

Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss nimmt die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis.

Eine entsprechende Beschlussvorlage über die geänderte Planung soll für eine der nächsten Sitzungen vorbereitet werden.

Darüber hinaus soll in einer der nächsten Sitzungen des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses über den grundsätzlichen Einbau von verkehrsberuhigenden Maßnahmen gesprochen werden.

Auszug:9.2, 8, 3

TOP 11

Verkehrsuntersuchung Innenstadt bzw. angrenzender Raum (ohne Vorlage)

Herr Winheller informiert den Ausschuss, dass im Rahmen einer beauftragten Verkehrsuntersuchung Innenstadt bzw. des angrenzenden Raumes eine Bestandsaufnahme durchgeführt wurde, die nunmehr abgeschlossen ist. Jetzt können Verbesserungsansätze bezüglich Verkehrsführung, Lichtsignalsteuerung und vor allem Fußgängersicherheit entwickelt werden. Die Ergebnisse sollen dann zu gegebener Zeit im Bau-, Planungs- und Umweltausschuss vorgestellt und diskutiert werden.

Auszug:9.2

TOP 12

Mitteilungen

12.1 Haus Tannenberg:

Herr Klode stellt kurz den geänderten Bauantrag vor. An der Gebäudekubatur ändert sich im Wesentlichen nichts, die vorhandenen Räume werden saniert und die geplante Aufstockung geht nicht über den vorhandenen First hinaus.

12.2 Information zum „Tag der Städtebauförderung“:

Herr Hefner informiert den Ausschuss, dass der diesjährige „Tag der Städtebauförderung“ am 05.05.2018 auf dem Bernberg anlässlich des Spatenstichs für die „Nordachse“ bzw. der Einweihung des Quartierbüros stattfinden wird.

Darüber hinaus informiert Herr Hefner den Ausschuss, dass bei der Submission für die „Nordachse – Bernberg“ ein passables Ergebnis herausgekommen ist, welches vorbehaltlich der noch anstehenden Prüfung im Kostenrahmen liegt.

Auszug:9, 9.1,

gez. Jörg Jansen
Vorsitz

gez. Jürgen Hefner
Techn. Beigeordneter

gez. Alexandra Rüger
Schriftführung